



Postregulationsbehörde PostReg  
Bundeshaus Nord  
3003 Bern

Brugg, 8. Januar 2007

Zuständig: Hans Rüssli  
Sekretariat: Anni Blumer  
Dokument: 070108 VN Presseförderung.doc

## **Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative „Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten“**

Sehr geehrte Damen und Herren

In Ihrem Schreiben vom 20. Oktober 2006 laden Sie uns ein, zur oben genannten Vorlage Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit danken wir Ihnen bestens. Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, uns dazu zu äussern.

### **Grundsätzliche Erwägungen**

Die noch bis Ende 2007 bestehende, im Postgesetz vorgesehene Verbilligung der Posttaxen ist die einzige Form indirekter staatlicher Presseförderung. Nach diesen Bestimmungen hat die Post für die Beförderung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften Vorzugspreise zu gewähren, was insbesondere für Kleinverlage von grosser Bedeutung ist. Der Bund leistet der Post für die daraus entstehenden ungedeckten Kosten eine jährliche Abgeltung von 80 Millionen Franken. Bekanntlich hat die Bundesversammlung dieses System der indirekten Förderung bis Ende 2007 befristet.

Ohne im Einzelnen auf die verschiedenen Artikel einzugehen, begrüssen wir grundsätzlich den Vorschlag der staatspolitischen Kommission (SPK) des Ständerates für eine Weiterführung der indirekten Presseförderung und betrachten die vorgeschlagenen Anpassungen als angebrachte Reform des aktuellen Systems. Entgegen der direkten Förderung der Presse, welche der Unabhängigkeit der Zeitungen schaden könnte, basiert dieser Gesetzesentwurf auf dem Modell einer indirekten Presseförderung, was sich seit Jahrzehnten bewährt hat. Mit der gezielten Subventionierung des Bundes an den Verteilungskosten können Zeitungen in alle Regionen der Schweiz zu reduzierten Tarifen versandt werden, unabhängig von der Verteildistanz. Weil per Ende 2007 die Aufhebung der Treueprämien vorgesehen ist, wird die Fortführung dieser Presseförderung umso wichtiger. Um eine diversifizierte regionale und lokale Presse aufrechtzuerhalten, sieht der Gesetzesvorschlag ausserdem eine zusätzliche Hilfe für die Tageszeitungen und für die Wochenzeitschriften mit geringen Auflagen vor. Distanzunabhängige Tarife und zusätzliche Hilfe für regionale und lokale Titel sind vernünftige und praktikable Vorschläge. Das derzeitige System der indirekten Presseförderung kann durch diese Gesetzesrevision an die heutigen Bedürfnisse angepasst werden. Der Vorschlag berücksichtigt die wichtige Funktion der Presse in unserem Land, ohne die Unabhängigkeit der Titel zu gefährden.

Allerdings wersetzt sich der SBV vehement den Kriterien, die in diesem Projekt für die zusätzlichen Rabatte definiert wurden. Das Modell Verleger/Post sieht vor, insbesondere die Veröffentlichungen, die nicht wenigstens einmal wöchentlich erscheinen sowie die Verbands- und die Fachpresse auszuschliessen. Dieser Teil des Gesetzesvorschlags bewirkt eine Posttaxenerhöhung für die erwähnten Publikationen. Dadurch würde das angestrebte Ziel, die Aufrechterhaltung der Pressevielfalt, gefährdet. Die Verbands- und Fachpresse trägt massgeblich dazu bei, die Öffentlichkeit zu informieren und die demokratische Meinungsbildung zu fördern. Nicht zuletzt sind diese Publikationen auch Bildungs- und Lehrplattformen für die Bewohner in abgelegenen Regionen. Folglich wäre es kontraproduktiv, ausgerechnet die Fach- und die Verbandspresse mit geringen Auflagen zu bestrafen.

### **Schlussbemerkungen**

Der SBV begrüsst den Vorschlag der staatspolitischen Kommission (SPK) des Ständerates für eine Weiterführung der indirekten Presseförderung und betrachtet die vorgeschlagenen Anpassungen als angebracht. Der SBV ist aber dagegen, die nicht wenigstens einmal wöchentlich erscheinende sowie die Verbands- und die Fachpresse von zusätzlichen Rabatten auszuschliessen, weil so die Aufrechterhaltung der Pressevielfalt gefährdet würde.

Wir hoffen, dass Sie unsere Anliegen berücksichtigen werden und danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Bauernverband

Hansjörg Walter  
Präsident

Jacques Bourgeois  
Direktor